

# Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Telegraphischer Sonderdienst der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

## Das Rätfelspiel der Deckung.

r. Berlin, 14. März. Ueber die Deckungsvorlage schreibt der „Lokalanzeiger“: Alle Meldungen von bestimmten Beschlüssen über die dem Reichstag vorzuschlagenden Steuerarten eilen den Tatsachen voraus. Die Finanzministerkonferenz, die übrigens noch am Mittwoch eine inoffizielle Fortsetzung in zwanglosen Besprechungen einzelstaatlicher Minister, die ihren Berliner Aufenthalt verlängert hatten, im Reichsschatzamt gefunden hatte, war hinsichtlich der Deckung der laufenden Heeresausgaben noch zu keiner endgültigen Entscheidung gelangt. Auf Grund der eingehenden Besprechungen werden gegenwärtig im Reichsschatzamt verschiedene Steuerentwürfe weiter ausgearbeitet, um alsbald dem Bundesrat unterbreitet zu werden. Dort erst wird entschieden werden, welcher dieser Entwürfe dem Reichstag vorgelegt werden soll. Bis dahin entbehren alle Meldungen hierüber der festen Unterlagen.

(Siehe auch den Artikel im ersten Blatt.)

r. Die Heeresvorlage wird den Bundesrat in der nächsten Woche beschäftigen. Wahrscheinlich wird sie kurz vor oder kurz nach Ostern endgültig vom Bundesrat verabschiedet werden. Die Deckungsgesetze werden dem Bundesrat erst nach Ostern zugehen.

### Die Vermehrung der Luftschiffertruppen.

r. Zur Vermehrung der Luftschiffertruppen durch die Militärvorlage wird der „Täglichen Rundschau“ aus zuverlässiger Quelle gemeldet: In Breslau wird in der nächsten Zeit mit städtischen Mitteln eine Luftschiffhalle gebaut, die der Heeresverwaltung gegen entsprechende Veranjung der Kaufleute u.ä. zur Verfügung gestellt werden wird. Auch bei Bosen ist mit dem demnächstigen Bau einer großen Halle zu rechnen. Diese beiden Orte, sowie Wiesbaden, Darmstadt, Mannheim, Grauden; und Hannover werden die Garnisonen für die neu aufzustellenden Luftschiffertruppen werden.

## Die Antwort auf den Mediationsvorschlag.

Sofia, 14. März. Die „Agence Bulgare“ meldet: Die Regierung übermittelte den Gesandten die Antwort auf den Mediationsvorschlag der Mächte. In derselben wird erklärt: Die verbündeten Balkanstaaten nehmen die Mediation unter folgenden, bereits, wie gemeldet, von der Belgrader offiziellen „Samouprava“ in ähnlichem Wortlaut veröffentlichten Bedingungen an:

1. Als Grundlage für die Verhandlungen zur territorialen Abgrenzung zwischen der Türkei und den verbündeten Balkanstaaten wird die Linie Rodosto-Kap Malatra mit Ausschluß der Halbinsel Gallipoli, die der Türkei verbleiben wird, angenommen. Alle westlich dieser Linie gelegenen Gebiete, Adrianopel und Skutari inbegriffen, müssen von der Türkei den Verbündeten abgetreten werden.
2. Die Türkei wird die Inseln im Megarischen Meer abtreten.
3. Sie wird bezüglich Aretas ihr vollständiges Desinteressement zu erklären haben.
4. Die Forderung wird im Prinzip der Zahlung einer Kriegsschadenszahlung an die Verbündeten, deren Höhe bei dem endgültigen Abschluß des Friedens festgelegt wird, sowie der Zahlung besonderer Entschädigungen für Schäden zuzustimmen haben, deren Ursache in die Zeit vor dem Kriege fällt. Die Verbündeten werden an die Verhandlungen über die Entschädigungen teilnehmen.
5. Die verbündeten Balkanstaaten behalten sich vor, in dem endgültigen Friedensvertrage die Behandlung der Staatsangehörigen und der Kaufmannschaft im ottomanischen Reich, sowie die Nationalitätenfrage und eine Garantie bezüglich der Privilegien der orthodoxen Kirchen und der staatsrechtlichen Stellung ihrer förmlichen ottomanischen Staatsangehörigen zu regeln.
6. Die Kriegsoperationen werden nicht unterbrochen.

Konstantinopel, 14. März. Zur Widerlegung des Memorandums der verbündeten Balkanstaaten, in dem an dem Prinzip der Kriegsschadenszahlung festgehalten wird, übermittelt die Pforte den Mächten ebenfalls ein Memorandum.

### Die albanische Frage.

r. Wien, 14. März. Die englische Regierung hat, wie jetzt bestätigt wird, einen Vorschlag eingebracht, um zwischen Oesterreich und Rußland in der albanischen Abgrenzungsfrage zu vermitteln. Danach soll Oesterreich-Ungarn zustimmen, daß Diklowa an Serbien fällt, dagegen soll Rußland seine Zustimmung dazu geben, daß in Belgrad und Cetinje ein gemeinsamer Schritt der Mächte erfolgt, um die serbische und die montenegrinische Regierung zu bewegen, von Skutari abzustehen, und, falls die Stadt eingenommen werden sollte, diese wieder zu verlassen. Ein Kaufmann aus Skutari, dem es gelungen ist, aus der belagerten Stadt zu entkommen, ist in Wien eingetroffen. Nach seinen Mitteilungen kann man sich keinen allzu großen Hoffnungen hingeben, daß sich Skutari noch länger halten werde. Er bestätigt, daß der tapere Kommandant der Festung, Hassan Riza, vor sechs Wochen von zwei Artilleristen niedergeschossen worden ist.

Die „Königsberger Zeitung“ läßt sich aus Wien melden, die Behauptung, daß Rußland seine Zustimmung zu der Zuteilung Skutaris an Albanien gegeben habe, sei falsch. Ueberhaupt hat Rußland über Skutari sich bisher noch nicht bindend geäußert und nur eine gewisse Geneigtheit gezeigt, sich mit dessen Zuteilung an Albanien einverstanden zu erklären. Ob diese Geneigtheit noch bestehen wird, wenn Skutari fallen sollte, ist zurzeit noch nicht zu sagen.

Budapest, 14. März. Der „Pester Lloyd“ bemerkt in einem Wiener Bericht über die auswärtige Lage: Wenn man annimmt, daß Oesterreich-Ungarn und Italien in der Frage von Skutari durch Einnahme der Festung vor ein fait accompli gestellt werden sollen, so müssen wir andererseits feststellen, daß es eine gefährliche Illusion ist, wollte man sich der Meinung hingeben, daß Oesterreich-Ungarn und Italien sich in der Skutarifrage durch ein fait accompli irgendwie beeinflussen lassen und es anerkennen würden.

### Vom Kriegsschauplatz.

Konstantinopel, 14. März. Das heutige amtliche Kriegsbulletin befragt unter anderem: Bei einem Ausfall, den gestern eine Abteilung der 7. Division des rechten Flügel der Tschataldtschaarmee westlich von Tschataltscha unternahm, wurde der Feind, trotzdem er einen Sturmangriff verjagte, unter beträchtlichen Verlusten zerstreut. Bei Nusfarsoj griffen feindliche Truppen die Vorposten der 8. türkischen Division an, wurden aber zurückgeschlagen. Auf den Höhen westlich von Sabifoj unterhielten die beiderseitigen Infanterietruppen ein längeres Gewehrfeuer. Durch die angreifende türkische Artillerie und weitere die Offensive ergreifende Truppen wurden dem Feinde große Verluste beigemessen. Vor Adrianopel und Bulair ist die Lage zufriedenstellend.

r. Wien, 14. März. Eine der „Politischen Korrespondenz“ aus Konstantinopel über Rumänien zugehende Meldung bringt die Bestätigung, daß hinsichtlich der Lage Adrianopels Nachrichten eingetroffen sind, denen zufolge die Notwendigkeit einer Kapitulation der Festung bestehen soll.

## Deutsches Reich.

### Des Kaisers Trauer um den königlichen Kaufmann.

Der Kaiser hat an Frau Ludwig Delbrück nachstehendes Beileidstelegramm gerichtet:

Dies bewegt durch die erschütternde Nachricht von dem plötzlichen Hinscheiden Ihres lieben Gatten spreche ich Ihnen und den Ihrigen mein warmstes Beileid aus. Ein jähes Geschick hat die Freude eines schönen Familienfestes in tiefe Trauer verwandelt. Gott der Herr schenke Ihnen und Ihren lieben Kindern Trost in Ihrem unsagbaren Schmerz über den Verlust des treuen Lebensgefährten und Vaters. Ich betraure mit Ihnen den Tod des tapferen Mannes. Getreu den Traditionen seines durch ihn zu neuer Blüte gebrachten Hauses hat der Verewigte in seinem ganzen Leben und Wirken die Gesinnung eines wahren königlichen Kaufmannes betätigt. Mit herzlichem Dank werde ich allezeit des treuen Rates und der peinlichen Sorgfalt gedenken, die Ludwig Delbrück bereitwilligst meinen Privatangelegenheiten zugewendet hat. Auch werden mir die schönen Jagdtage in dem gastlichen Alt-Madly stets in freundlicher Erinnerung bleiben. Wilhelm, R.

### Das Regierungsjubiläum des Kaisers.

r. Zu dem Regierungsjubiläum des Kaisers ist den Regierungen betreffs der Absichten des Monarchen hinsichtlich der Feier folgendes Kundgegeben worden:

Am Sonntag, den 15. Juni, als dem Todestage Kaiser Friedrichs, soll von jeder öffentlichen Feier abgesehen werden, doch soll bei den Gottesdiensten im allgemeinen kirchengebet der Beibehaltung des Tages durch eine besondere Fürbitte für den Kaiser gedacht werden. Am Montag, den 16. Juni sollen Schulfestern abgehalten, von einer Illumination aber abgesehen werden. Inwieweit von den einzelnen Behörden, Gemeinden und Verbänden eine besondere Gedenkfeier geplant wird, soll diese tunlichst am 16. Juni stattfinden.

### Schlechte Aussichten für die Ostmarkenzulage.

r. Die erneuten Verhandlungen unter den bürgerlichen Parteien, in irgendeiner annehmbaren Form die sogenannte Ostmarkenzulage den Reichsbeamten zu erhalten und bis zur dritten Lesung des Etats eine Vereinbarung zu errichten, versprechen, wie die „Neue Politische Korrespondenz“ mitteilt, keine Aussicht auf Erfolg, da das Zentrum nach wie vor abgeneigt bleibt, seine Haltung zu modifizieren.

### Die Beisetzung des Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg.

Langenburg, 14. März. Zu der Beisetzung des Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg war eine große Anzahl von Trauergästen eingetroffen. Von der Schloßkirche, wo der Verewigte aufgebahrt war, bewegte sich, nachdem das gesamte Trauergefolge im Schloß sich versammelt hatte, der Trauerzug unter Vorantritt einer Militärkapelle zur Stadtkirche. Hinter dem Sarg wurde das Leichpfand des Verewigten geführt, dem die Beamten mit dem Orden des Verstorbenen folgten. Dann folgten zunächst Fürst Ernst zu Hohenlohe mit dem Vertreter des Kaisers, Prinz August Wilhelm von Preußen, ferner der Großherzog von Baden, Herzogregent Johann Albrecht von Braunschweig, Fürst Wilhelm von Hohenzollern, die Herzöge Albrecht, Robert und Ulrich von Württemberg, sowie die übrigen fürstlichen Trauerzüge, weiterhin die Vertreter der Regierungen und fremden Höfe, der standesherrlichen Familien, des Adels und eine Abordnung des 9. Dragonerregiments, die Beamten und andere Leidtragende. Vereine bildeten Spalier. Nachdem der Sarg in der Kirche aufgebahrt war, erschien die Kaiserin, empfangen vom Fürsten Ernst zu Hohenlohe. Alsbald begann der Trauergottesdienst. Die Gedächtnisrede hielt Stefan Schönhut, der der allgemeinen Trauer Ausdruck gab und die hochbedeutende Arbeit des Verstorbenen als Statthalter Elsaß-Lothringens rühmend betonte. Nach dem Segen kehrte die Trauerversammlung ins Schloß zurück, wo eine Kondoliercour stattfand. Um 5 Uhr erfolgte die Ueberführung der Leiche in das Mausoleum, welcher die Kaiserin beiwohnte. Um 7,05 Uhr erfolgte die Abreise der Kaiserin nach Berlin.

### Kleine politische Meldungen.

r. Hannover, 14. März. Die Fortschrittliche Volkspartei (Ortsverein Hannover-Linden) stellte für den Landtagswahlkreis Hannover-Stadt Justizrath Lenzberg und Postsekretär Bartels als Kandidaten für die Landtagswahlen auf. Die Partei tritt in diesem Kreise zum ersten Male mit eigenen Kandidaten auf. Die Nationalliberalen haben, wie schon gemeldet, wieder die bisherigen Abgeordneten Fink und Dr. Arning aufgestellt.

Diebenhosen, 14. März. Die vier Kapläne, die seinerzeit wegen Unterzeichnung einer Beschwerde und Widergerichtskeit gegen den Hauptmann Boden vom Diebshosener Bezirkskommando vom Oberkriegsgericht in Metz zu sechs Monaten Festungshaft verurteilt worden waren und die Strafen am 15. November 1912 in Magdeburg antraten, wurden gestern beurlaubt und freigelassen.

## Herrenhaus.

(Originaltelegramm der „Hartung'schen Zeitung“.)  
So. Berlin, 14. März.

Als letztes der Berliner Parlamentshäuser hat das Herrenhaus heute seine Pforten geschlossen, nachdem man gerade zwei Stunden der Arbeit gewidmet hatte. In aller Kürze wurde eine Grenzvorlage für die Kreise Calbe und Jerichow I, eine Gebietsberichtigung für einige hannoverische Amtsgerichtsbezirke und die Hinterlegungsordnung erledigt, die vom Abgeordnetenhaus in veränderter Form an die erste Kammer zurückgegangen war. Einige Petitionen bildeten den Schluß, darunter eine vom Haus- und Grundbesitzerverein im oberhessischen Industriegebiet um Abänderung des allgemeinen Vergesetzes. Man ging darüber zur Tagesordnung über. Damit war der Beratungstoff erschöpft und man wird sich für die nächste Tagung erst wieder in der zweiten Hälfte des April zusammenfinden, um sich dann dem Etat zu widmen.

### Sitzungsbericht vom Herrenhaus.

Präsident Graf v. Wedell-Biesdorf eröffnete die Sitzung um 11,15 Uhr. Für die Staatsschuldenkommission wurden wiedergewählt Graf Suttner-Gyapski und Hrhr. v. Thielmann. An Stelle des verstorbenen Mitgliedes Delbrück wurde Dr. v. Hagen gewählt. Der Gesetzentwurf betreffend die Veränderung der Grenzen des Kreises Calbe-Jerichow I im Regierungsbezirk Magdeburg und betreffend die Veränderung der Amtsgerichtsbezirke Gommern und Schönebeck wurde debattelos angenommen. Es folgte die Beratung des vom Abgeordnetenhaus in abgeänderter Fassung an das Herrenhaus zurückgelangten Entwurfs einer

### Hinterlegungsordnung.

Nach den Beschlüssen des Herrenhauses sollte das Hinterlegungsgeheimnis als ein Akt der freiwilligen Gerichtsbarkeit gelten. Das Abgeordnetenhaus änderte diese Bestimmung dahin, daß die Hinterlegung Justizverwaltungssache sein soll. Die Kommission des Herrenhauses beantragte die Annahme der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses. Auf Antrag von Dziembowski wurde der Gesetzentwurf in der Fassung des Abgeordnetenhauses en bloc angenommen.

Der Gesetzentwurf betreffend die Aenderung der Amtsgerichtsbezirke Mumenthal und Lesum wurde debattelos angenommen. Der Betriebsbericht der Bergverwaltung für das Rechnungsjahr 1911 wurde durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Zur Petition des Verbandes der Haus- und Grundbesitzervereine des oberhessischen Industriebezirks und anderer Vereinigungen von Grundbesitzern in den schlesischen, rheinischen und westfälischen Industrie- und Kohlenbezirken um Abänderung des allgemeinen Vergesetzes im Sinne der Erweiterung des Schutzes des Grundeigentums gegen Beschädigung durch den Bergbau beantragte die Kommission, sie durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen. Ferner wird die Staatsregierung in einer Resolution der Kommission ersucht, eine liberale Auslegung der Bestimmung über die Einziehung der Grubenabgaben im Wege der Instruktion der Revierbeamten in Erwägung zu nehmen. Der Antrag und die Resolution der Kommission werden debattelos angenommen. Damit war die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung unbestimmt. Schluß 1 Uhr.

## Ausland.

### Die französische Heeresvorlage.

Paris, 14. März. Die Budgetkommission der Kammer nahm die Rüstungskredite im Prinzip an, stieß jedoch achtzig Millionen, die für die Herstellung von Feldhaubitzen bestimmt waren, da eine von dem Major Malandrin erfundene Vorrichtung es ermöglicht, 75-Zentimeter-Kanonen als Haubitzen zu verwenden.

### Kleine Meldungen.

Petersburg, 14. März. Die Reichsduma beschloß einstimmig, die Regierung zu ersuchen, sich über die Maßnahmen zu äußern, die zur Regulierung der Preise des Naphthabeizmaterials ergriffen werden sollen.

Neapel, 14. März. Der König von Schweden ist hier eingetroffen.

Paris, 14. März. Der frühere Marineminister Alfred Ricard wurde unter Teilnahme des Präsidenten Poincaré und der meisten Minister nach vorausgegangener Feier in Notre-Dame auf dem Kirchhof Père Lachaise mit großem Gepränge beigesetzt.

London, 14. März. Das Unterhaus hat nach kurzer Debatte, die sich mit internen Angelegenheiten beschäftigte, die Antwortadresse auf die Thronrede angenommen.

Laredo (Texas), 14. März. Der Gouverneur des mexikanischen Staates Coahuila, der die Partei der Injuranten ergriff, wurde standrechtlich erschossen. Bei Kogales schlugen die Injuranten gestern eine Abteilung Bundesstruppen, welche auf amerikanisches Gebiet übertrat. Sie soll 100 Tote und 200 Verwundete haben.

## Gerichtliches.

### Der Sternickel-Prozess.

Frankfurt a. O., 14. März. In der heutigen Sitzung des Prozesses gegen Sternickel und Genossen bekundete Gendarmenwachmeister Kluge, der Sternickel in Berlin verhaftete, Sternickel habe schließlich zugegeben, der Knecht aus Ortwig vom Kallieschen Gehöft zu sein. Er sei jedoch vollständig unschuldig. Gutsbesitzer Lenger bekundete, Sternickel sei unter dem Namen Anton Groß 1909 mehrere Monate auf dem Gute seines Vaters bedienstet gewesen. Er war ein ausgezeichnete Arbeiter und ging ab, weil er sich beleidigt fühlte. In der Nachmittagsitzung begutachteten die Kreisärzte, daß es trotz der Verhörung der Leichen möglich gewesen sei, die Todesursachen genau festzustellen. Frau Kallies sei durch Einwirkung mit einem scharfen Instrument auf die Schädeldecke, der Chemann Kallies und das